

## WER REGIERT UNSER LAND?

Ich freue mich sehr über die Einladung der Steuerberatungskanzlei Kohlberger und die freundlichen Worte zur Einführung in das Thema des heutigen Abends, bei dem wir herausfinden wollen, wo die Macht sitzt in Österreich, wer sie auf wen ausübt und ob das auch im Sinne unseres allgemeinen Demokratieverständnisses stattfindet.

Es gibt einen – nicht bestätigten - Spruch, den man Josef Ackermann, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank zuschreibt, der lautet: „Wer unter mir Kanzler ist, ist mir eigentlich egal“. Manche haben das auch schon zur „Verösterreicherung“ auf Christian Konrad, den Chef der Raiffeisengruppe umgemünzt, auch Ihrem Landeshauptmann Erwin Pröll wird er immer dann zugeschrieben, wenn gerade ein neuer Obmann die ÖVP wieder auf Erfolgskurs bringen soll.

„Wer regiert unser Land?“ – gemeint ist mit dem Thema natürlich die Frage: „Wer regiert Österreich wirklich?“ Denn an sich haben wir ja rein theoretisch ganz klare Verhältnisse in dieser Sache. Wir haben eine Regierung, die die verfassungsmäßige Pflicht hat, das Land zu regieren. Und zwar im Auftrag des Volkes, von dem ja „alle Macht ausgeht“, wie es im ersten Artikel der Bundesverfassung heißt. Das Volk delegiert seine Macht an die Volksvertretung, also den Nationalrat, der die Gesetze macht und der die Regierung davonjagen kann, wenn er will. Über allem thront noch der Bundespräsident, der auf dem Papier viel Macht hat, aber wenig in der Praxis.

Das heißt, dass wir auf der formalen Ebene schon drei Kandidaten für die Antwort auf die Frage haben, wer Österreich regiert: nämlich das Volk, der Nationalrat und die Regierung. Zwischen Verfassung und Realverfassung liegen aber manchmal Welten und so müssen wir uns der Frage widmen, wer wirklich sagt, was Sache ist in diesem Land, wer letztlich das Sagen hat.

Das Volk, also alle wahlberechtigten Staatsbürger, sind darauf reduziert, alle fünf Jahre aus einem mehr oder weniger attraktiven Angebot seine Parteien und Abgeordneten wählen zu müssen, was von immer mehr Staatsbürgern verweigert

wird. Die Zahl der Nichtwähler hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das Potenzial der Nichtwähler ist heute schon erschreckend groß, bei den Nationalratswahlen 2006 war die „Partei der Nichtwähler“ an dritter Stelle mit 1,3 Millionen „Verweigerern“, 2008 gingen auch nur 78,8 % aller Wahlberechtigten zur Wahl, im Vergleich: 1949 waren es noch über 95 %. Aus demokratiepolitischer Sicht ist das wohl keine wünschenswerte Entwicklung.

Der fulminante Zulauf zur Bewegung der „Wutbürger“ und die Konjunktur der „Empört Euch!“-Rhetorik sind jedenfalls beredte Zeichen dafür, dass vom Volk zu wenig Macht ausgeht. Wenn sich das ändert, hätten wir eine weitere, eine basisdemokratische Antwort auf unsere Frage, wer Österreich regiert. Doch scheint fraglich, ob die Rebellen ihre Sympathisanten auf den Weg vom „Empört Euch“ zum „Engagiert Euch“ mitnehmen können. Auffällig ist dabei, dass sich vor allem jene als Initiatoren von Plattformen hervortun, die schon aus dem Berufsleben – insbesondere dem politischen – draußen sind.

Aber nicht nur das Volk scheint sich machtlos zu fühlen, das zeigen auch die niedrigen Vertrauenswerte und das abnehmende Interesse an der Politik. Auch das Parlament ist oft nur Erfüllungsgehilfe für Entscheidungen, die in Parteigremien, Ministerbüros, Beamtenstuben oder Beraterzirkeln fallen. Und die Regierung? Allgemeine Einschätzung: Bringt derzeit jedenfalls wenig zusammen und blockiert sich wechselseitig.

Natürlich gibt es auch die These, dass die wahre Macht jenseits unserer Grenzen wohnt. In Brüssel, wo zwei Drittel der Entscheidungen fallen, die Österreich Tag für Tag verändern, wie EU-Kommissar Franz Fischler schon vor zehn Jahren wusste. Oder bei den Big Playern der globalisierten Wirtschaft, die die Regeln aufstellen und mit Ratingagenturen auch den Schiedsrichter spielen über die Nationalstaaten. Rote Karte, Daumen runter, und schon ist der ökonomische Ruf einer ganzen Volkswirtschaft zerstört.

Die wahren Mächtigen sind die Banken, lautet eine weitere These. Ackermann – schon eingangs erwähnt, sei mächtiger als Merkel, Konrad ist mächtiger als Faymann, hieße das in Österreich. Tatsache scheint, dass nicht nur einzelne Banken, dass die gesamte Finanzwelt aus der Sicht der Politik „too big to fail“ ist und der vielbeschworene Primat der Politik zu Grabe getragen wurde. Geld regiert – angeblich - die Welt, und dazu gehört auch die Großindustrie, die über hunderttausende Arbeitsplätze herrscht. Sind also die Bosse die wirklich Mächtigen? Ja und nein. Sie können Druck ausüben und jederzeit mit Produktionsverlegungen drohen und das tun sie auch gelegentlich. So mancher Standort wurde in der Vergangenheit in billigere Regionen in Osteuropa oder auch nach Asien verlegt, aber Österreich ist, was seine Rahmenbedingungen für Unternehmen betrifft, ein äußerst attraktives Land. Hier hat die Politik in den letzten Jahrzehnten sehr viel Wirtschafts-Bewusstsein bewiesen und mit Förderungen viele neue Unternehmen an Land gezogen. Niederösterreich muss man hier übrigens als besonders positiv hervorheben, denken Sie an die vielen Betriebsansiedelungen, die es in den vergangenen Jahren hier gegeben hat, bis hin zur Exzellenz-Universität ISTA bei Klosterneuburg, wo sich Niederösterreich gegen Wien durchgesetzt hat, oder an das Krebsforschungszentrum Med Austron in Wiener Neustadt.

Aus meiner Erfahrung sind Österreichs Wirtschaftsbosse natürlich an einer guten Gesprächsbasis mit der Spitzenpolitik interessiert, das gilt aber auch vice versa. Und meist ist es sogar die Politik, die sich an die Wirtschaft wendet und um ihre Expertise für Reformen nachfragt. Hier setzt in Österreich das bewährte System der Sozialpartnerschaft ein, insbesondere die Wirtschaftskammer, die gleichsam größte institutionalisierte Lobbyingagentur, redet im politischen Entscheidungsprozess kräftig mit. Gegen die Kammer, auch gegen die AK oder den ÖGB oder die IV ist in Österreich schwer Politik zu machen. Sie üben nicht nur im formellen Begutachtungsverfahren großen Einfluss auf die Gesetzgebung aus, nicht zuletzt, weil sie vor allem bei speziellen Themen über mehr Know-how und Ressourcen verfügen. So hat die Industrie ganz bestimmt jahrelang strengere Umweltgesetze mit dem Hinweis auf gefährdete Arbeitsplätze erfolgreich verhindert.

Aber wir haben den Kompromiss gelernt und deswegen ergibt sich hier aus der Vergangenheit nach außen ein eher harmonisches Bild des Nebeneinander und Miteinander. Neu – zumindest in der breiteren Öffentlichkeit – ist eine Art Boom des Lobbyings außerhalb der institutionalisierten Bereiche. Lobbyisten agieren als Helfer der Macht und vermehren den Einfluss ihrer Auftraggeber. Hier arbeiten viele Unternehmen mittels Beraterfirmen, die die Interessen der Wirtschaft, eben auch einzelner Branchen oder Unternehmen, gegenüber der Politik argumentieren. Leider haben sich hier ein paar schwarze Schafe auf beiden Seiten besonders negativ hervorgetan. Bleiben wir aber beim Seriösen: Wenn ÖIAG-Unternehmen von der Politik etwas brauchen, wissen die Bosse, wo die Limits liegen, sie wissen aber auch, dass sowohl ihre Aufsichtsräte wie auch sie und ihre Vorstandskollegen ohne Zustimmung der Politik nicht dort sitzen würden, wo sie sind.

Ein besonderes Verhältnis haben die österreichischen Banker zur Politik. Sie sehen sich meist als die Mächtigen, müssen aber einsehen, dass es im Finanzministerium, wenn es um die Rückzahlung der fälligen Staatsunterstützung geht, keine Rabatte geben kann und der öffentliche Druck nach dem Fall von Lehmann Brothers auch die Spekulationsgeschäfte der heimischen Geldinstitute in kein gutes Licht gerückt hat. Die Antwort der Politik war eine Bankenabgabe als Beitrag zur Konsolidierung. Aus heutiger Sicht dürfte hier die Rechnung eher für die Politik aufgegangen sein. Betrachten wir das Ganze aber aus der Sicht der Steuerpolitik, haben sich die Banken mit der Gruppenbesteuerung und einer im internationalen Vergleich sehr niedrigen Steuerbelastung gegen politische Begehrlichkeiten immer durchgesetzt, und damit auch ein Stück Macht bewiesen. Aber klar, man schlachtet nicht die Kuh, die man melkt und Kapital ist in der globalisierten Welt eben sehr beweglich.

Allerdings ist in letzter Zeit zu beobachten, dass das Macht-Konglomerat „Industrie, Wirtschaft, Banken“ mit dem Machtzentrum Politik zunehmend die Geduld verliert. Den Frieden aufgekündigt hat spektakulär der Chef der Erste Group, Andreas Treichl, der die Politiker pauschal beschuldigte, zu desinteressiert für Wirtschaftsfragen zu sein, ahnungslos und dumm. Dass er von Branchenkollegen und Wirtschaftskapitänen

dafür Applaus geerntet hat, war nicht selbstverständlich, denn die Alpha-Tiere aus dem Geld- und Unternehmenssektor üben sich normalerweise nicht in Solidarität, weil sie letztlich Konkurrenten und Rivalen sind. Aber die Wirtschaft befürchtet, dass die Politik durch Untätigkeit die Zukunft des Landes, den Wirtschaftsstandort Österreich und damit auch das Überleben der Firmen aufs Spiel setzt. Treichl meint, dass die Reform-Unlust der Politik letztlich daraus resultiert, dass die Politik nur mehr an ihrem Machterhalt interessiert ist. Deshalb die Kampfansage an die Politik, verbunden mit Drohungen, neue Parteien (Stichwort Wirtschaftspartei) zu unterstützen, eine Art Ultimatum an die Politik.

Der Macht- und Netzwerk-Analytiker Harald Katzmaier – er hat in einem Buch „Die Formel der Macht“ wissenschaftlich belegt, dass der Raiffeisensektor, die Industriellenvereinigung und der Sparkassensektor die drei Gravitationszentren der Wirtschaftsmacht in Österreich sind. Wenn die sich zu einer Offensive gegen die Politik alliieren, würde es ein heißes Match um die Macht in Österreich geben ...

Zu den Mächtigen im Land zählen jedenfalls auch die Medien-Bosse und damit sind wir bei einer weiteren These, wo die Macht zu Hause ist: In den Chefetagen der Medienkonzerne. Dort definiert man sich zwar selbst bescheiden als „Vorhof der Macht“ (wie der verstorbene Kronenzeitung-Herausgeber Hans Dichand in falscher Bescheidenheit formulierte) aber wenn Minister und Kanzler Herausgeber-Wünsche willfährig apportieren, dann fragt man sich natürlich, wer hier der Ober und wer der Unter ist. Die aktuelle Entwicklung der wachsenden Verhaberung von Politikern und Medien-Zampanos nach dem Motto „Tausche Inseratenaufträge gegen positive Berichterstattung“ lässt eine weitere Hypothese zu: Österreich wird inzwischen von einem „politisch-publizistischen Komplex“ regiert, einer großen Achse zwischen Politikern und Medienmachern. Heute haben wir möglicherweise eine Allianz von auflagenstarken Boulevardmedien mit einer Politikerkaste, die sich für ihre Schuldenpolitik mit den Banken arrangiert hat und zum Stimmenfang mit den Zeitungen und dem Fernsehen.

An sich war und ist das Verhältnis von Politik und Medien immer ambivalent. Einerseits ist es eine Symbiose, denn Politik ist zu 50 Prozent Kommunikation und dazu braucht die Politik die Medien. Andererseits liefert die Politik den Medien ihren Stoff, ihren Content, ihre Themen. Der Wettbewerb um eine Exklusivgeschichte macht die Zeitungen und die elektronischen Medien abhängig von der Politik. Die Politik wiederum braucht die Medien als Organisatoren des demokratischen Diskurses und als Plattform für den politischen Wettbewerb der Parteien. Man hat die Medien die „Vierte Gewalt“ im Staat genannt und damit ihre überragende Rolle für das Funktionieren der Demokratie anerkannt. Die Frage ist, wie sich das kommerzielle Gewinnstreben der Zeitungsverlage mit diesem hehren Anspruch vereinbaren lässt. Schon Karl Marx sagte „Zeitungen sind kein Gewerbe“, während der Nationalökonom Karl Bücher definierte: „Zeitung ist Insertion (also Anzeigen), die durch einen redaktionellen Teil verkäuflich wird.“ Diese Spannung von Pressefreiheit und Gewerbefreiheit führt immer wieder zu Diskussionen, etwa wenn Firmen Inseratenaufträge stornieren, weil eine Zeitung kritisch schreibt, oder Politiker journalistisches Wohlverhalten mit Inseratenaufträgen honorieren. Dann bleibt manchmal die Rolle der Medien als „Public Watchdog“ „als öffentlicher Wachhund, auf der Strecke. Aber die wirtschaftliche Unabhängigkeit muss immer das Ziel der Medien sein. Oder, wie es der Chefredakteur der Kleinen Zeitung Hubert Patterer formulierte: „Man muss es sich leisten können, in die Hand zu beißen, die einen füttert.“ Nur so lässt sich der alte Widerspruch zwischen Qualität und Quote auflösen. Wirtschaftsmacht generiert publizistische Macht und umgekehrt. Auch die Boulevardzeitungen müssen sich ihrer Verantwortung bewusst sein!

Kommen wir zu unserer Kernfrage: Wer regiert Österreich? Meine Damen und Herren, ich will ihnen eine kleine Geschichte erzählen. Es war einmal ein kleines Land, in dem hatten es die Politiker recht gemütlich. Die Macht war brüderlich aufgeteilt zwischen den Christlich-Konservativen und den Sozialisten, der Proporz herrschte vom Minister bis zum Hausmeister und die beiden Großparteien und die Sozialpartner bildeten ein Machtkartell, das seine politischen Deals meistens in den barocken Hinterzimmern der Wiener Palais ausschnapste. Es herrschte eine Art friedlicher Harmonie-Diktatur, die

Menschen waren fleißig und brav und der Papst sprach von einer „Insel der Seligen“. Erhard Busek sagte: „Bei uns fand der Konsens statt, bevor gestritten wurde“. Zur Legitimation und Stabilisierung dieser konfliktscheuen Idylle diente das stets abrufbare Bürgerkriegs-Trauma aus dem 34er-Jahr und die Staatsdoktrin vom „Ersten Opfer des Nationalsozialismus“, die das schlechte Gewissen der Mit-Täter verdrängen geholfen hat. Dazu passte der vielbeschworene „Geist der Lagerstraße“ als Gründungsmythos der Zweiten Republik, die ja von jenen Politikern geschaffen wurde, die dem KZ entkommen waren. Nicht streiten war lange die politische Lebensmaxime – und sich möglichst heraushalten aus den Händeln jenseits der Grenze. Neutralität – das war letztlich kein Diktat der Sowjets, sondern ein willkommener Preis für den Staatsvertrag.

Dieses kleine Psychogramm Österreichs mag manchen übertrieben und überspitzt erscheinen. Tatsache war, dass damals neun von zehn Wählern eine der Großparteien ÖVP und SPÖ wählten. Man hätte einen Besenstiel als Spitzenkandidaten aufstellen können, und es hätte sich an der Dominanz der beiden großen Lager nichts geändert, scherzte der frühere langjährige SPÖ-Bundesrat Albrecht Konecny einmal. Man muss sich diese Verhältnisse in Erinnerung rufen, um das fast verzweifelte Festkrallen von SPÖ und ÖVP an der Macht zu verstehen. Sie haben sich das Land aufgeteilt und wollten, dass es immer so bleibt.

Der Preis des politischen Immobilismus in den 80er und 90er Jahren waren verkrustete Strukturen, Reformverweigerung und eine permanent sabotierte Modernisierung. Die insgesamt eher seltenen Jahre, in denen es keine große Koalition gab, waren die raren Zeiten des Aufbruchs und der Innovation – vor allem die frühen Kreisky-Jahre und die ersten Schüssel-Jahre. Sonst herrschte der rotschwarze „Big Bargain“: Wir bauen den Sozialstaat ständig aus, kaufen uns damit Popularität und Wahlerfolge und haben unsere Ruhe. Das hat lange Zeit funktioniert. Nur allzu gern haben sich die Stimmbürger vom Füllhorn des Staates und den Wohltaten aus seiner immervollen Gießkanne einlullen lassen. Dabei haben sich die Finanzminister vorher durch hohe Steuern geholt, was sie anschließend großzügig wieder verteilt haben mit

einer nicht unbeträchtlichen Umverteilung. Der Staat mutierte zu einer Art Inkasso-Maschine, aber weil die Politiker immer noch mehr Fantasie zum Geldausgeben hatten als die dazu nötigen Schillinge, wurden all die Segnungen, die im wahrsten Sinn des Wortes nicht „verdient“ waren, kreditfinanziert: Schlaraffenland auf Pump – so begann die Staatsverschuldung, die heute an ihre Grenzen stößt, in Österreich, aber auch anderswo.

Die Staatsschulden haben sich seit den 70er Jahren versiebenfacht. Das hat niemanden sehr gekümmert, die wenigen Warner wurden zu Querulanten gestempelt. Ein paar Milliarden Schulden mehr für weniger Arbeitslosigkeit – das Prinzip des „Deficit Spendings“ hat jahrelang unsere Fiskalpolitik geprägt. Am Ende gab's die Schulden und die Arbeitslosen. Diese Politik der leichten Hand hat die Großparteien aneinander gekettet, weil jeder mit dem Sanktus des Partners seine Klientel bedienen konnte.

Die Komplizenschaft der Schuldenpolitiker ist jedenfalls ein wesentliches Fundament des rotschwarzen Parteienstaates. Wir sind damit bei der ersten echten Antwort auf unsere Frage: „Wer regiert Österreich“: Es ist - pointiert formuliert - die S.P.Ö.V.P. Diese lange Entente der beiden Lager hat lange Zeit funktioniert, obwohl es eigentlich nie eine „entente cordiale“ war, ein „herzlicher Bund“, sondern eine politische Zweckgemeinschaft. Ein zweites Element, das die beiden Großen aneinandergeschweißt hat, war und ist der Aufstieg des Dritten Lagers. Jörg Haider erkannte die großkoalitionäre Blockadepolitik der 90er Jahre als ideale Startrampe für eine populistische Partei mit Robin-Hood-Attitüde. Mit Parolen wie Privilegienabbau, Weg mit dem Proporz-Machtkartell oder ‚Kein Diktat aus Brüssel‘ stieg die FPÖ von 3 Prozent auf 27 Prozent und landete 2000 in der Regierung. Nach sieben Jahren war's vorbei, Haider starb, Strache beerbte ihn und steht heute mit seiner FPÖ wieder bei 27 Prozent. Der gemeinsame bedrohliche Außenfeind ist seit 1986 das politische „Freundschaftsticket“ für SPÖ und ÖVP. Es könnte trotzdem sein, dass sich die großkoalitionäre Regierungsform langsam erschöpft. Die letzten Kampf- und Krampf-Koalitionen lassen den Ruf nach Alternativen lauter werden. Gelingt es den beiden

Großen nicht, eine überzeugende Reformpolitik umzusetzen, werden auch sie demnächst zu Mittelparteien schrumpfen, die bei Wahlen keine gemeinsame Mehrheit mehr schaffen.

Aber was sind die Alternativen? SPÖ/FPÖ-Koalition, FPÖ/ÖVP-Koalition, Minderheitsregierung mit Duldung anderer mangels eigener Stärke, Regenbogenkoalition von zumindest drei Parteien oder Alleinregierung á la Großbritannien – dazu müsste allerdings erst das Wahlrecht geändert werden. Man könnte auch die Mitsprache der Bürger im demokratischen System Österreichs stärken, ähnlich der Schweiz. Allerdings haben wir dafür noch keine besonders ausgeprägte Kultur. Dennoch zeichnet sich auch in Österreich ein neuer politischer Mitbestimmungsanspruch ab.

Die Frage „Wer regiert“ wird in letzter Zeit immer häufiger umgedreht zur Frage: „Wer regiert Österreich nicht?“ Diese Frage ist ein Vorwurf und die Antwort darauf ist: „Die Regierung regiert uns nicht!“ Der frühere ÖVP-Obmann und Vizekanzler Josef Pröll hat dazu bei seiner Abschiedsrede die Dinge mit dem Schlüsselwort „Stillstand“ auf den entscheidenden Punkt gebracht. Seit dem Ende der Schüssel II-Regierung blockieren einander die Großparteien, zwischendurch „reicht's“ einem (Willi Molterer), aber es geht trotzdem nichts weiter beim Abbau des Problem-Bergs, der vor der Zukunft liegt.

Die wichtigen Fragen sind längst bekannt, auch die Politiker sind nicht so blind, sie nicht zu erkennen. Aber weder beim viel zu niedrigen Pensionsalter, beim ungelösten Pflegeproblem, beim milliarden schweren Spitalwesen, bei der zu teuren und oft ineffizienten Verwaltung, bei den Bildungslücken im Bildungssystem, beim Klimaschutz oder bei der ausufernden Staatsschuld: nirgends ist für den Bürger echter Reformwille sichtbar, Unmut und Unzufriedenheit mit dem politischen Establishment steigen als Folge, die Umfragewerte für das politische Spitzenpersonal sinkt kontinuierlich. Und viele haben zunehmend wenig Verständnis dafür, dass es kein Eintreten für das Notwendige, aber Unpopuläre gibt, obwohl gerade die Weltfinanzkrise und das abschreckende Beispiel Griechenland eigentlich Rückenwind für Veränderungen

bedeuten, die die Leute vermutlich auch mitgehen würden. Aber es fühlt sich halt besser an, Darling oder Samariter zu sein, als Zucht- oder Sparmeister.

Dass in Österreich auch kleine Revolutionen nicht stattfinden, ist nicht neu, dazu war die Schmerzgrenze im Wohlfahrtsstaat immer zu weit weg – Gott sei Dank könnte man auch sagen – neu ist aber, dass sich gegen den Stillstand in der Politik mehr Widerstand regt als früher. Nicht nur, dass man mit „Occupy Wall Street“ sympathisiert und dass die Kampfschrift „Indignez-vous“ – „Empört Euch“ des rebellischen Veteranen Stephane Hessel auch bei uns ein Bestseller ist. Auch österreichische Reforminitiativen sprießen aus dem Boden wie die Pilze nach dem Sommerregen. Manchmal sind es Journalisten und Journalistinnen wie Anneliese Rohrer, die mit einem Facebook-Auftritt begonnen hat, einen Mutbürger-Stammtisch einberufen hat, wöchentlich einmal in der „Presse“ eine Kolumne hat und mit dem Buch „Ende des Gehorsams“ zum zivilen Ungehorsam aufruft, ein Buch, das Nummer 1 der Bestsellerliste war. Oder die Salzburger Nachrichten, die ihre Leser aufgerufen haben, Vorschläge zu machen, wie es in Österreich besser laufen könnte. Die Initiative hatte regen Zulauf, ebenso wie die Podiumsdiskussionen.

Oft sind es Elder Statesman oder auch bloß frühere Politiker, die sich zwar den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass sie in ihrer aktiven Zeit zum Entstehen vieler aktueller Problemfelder durch Nichtstun selbst beigetragen haben, die aber trotzdem jetzt als Mahner, Warner und Rufer in der politischen Wüste hohes Ansehen genießen.

Im Internet wimmelt es inzwischen von Plattformen wie [www.meinoe.at](http://www.meinoe.at) – also „Mein Österreich“ – oder [www.verwaltungsreform-jetzt.at](http://www.verwaltungsreform-jetzt.at) oder [www.meineabgeordneten.at](http://www.meineabgeordneten.at) oder [www.reform-ohne-tabu.at](http://www.reform-ohne-tabu.at) oder [www.respekt.net](http://www.respekt.net) oder [www.amtsgeheimnis.at](http://www.amtsgeheimnis.at) oder [www.will-wählen.at](http://www.will-wählen.at) oder [www.aktion21.at](http://www.aktion21.at) oder „Initiative Mehrheitswahlrecht und Demokratiereform“. Die Initiatoren und Unterstützer dieser Aktionen lesen sich wie ein Who is who wichtiger Österreicher – von Franz Fischler bis Gerd Bacher, von Erhard Busek bis Peter Radlegger, von Johannes Voggenhuber bis Wolfgang Petritsch, von Heide Schmidt bis Heinrich Neisser. Herbert Paiarl etwa hat „95 Thesen für eine

bessere Zukunft“ verfasst, Herwig Hösele setzt sich seit langem für ein Mehrheitswahlrecht ein. Der Unternehmer Claus Raidl plant ein Volksbegehren für Demokratiereformen und ein anderer prominenter Industrieller, Hannes Androsch, treibt die etablierte Politik mit einem Bildungsvolksbegehren vor sich her, zu dem sich sogar die Unterrichtsministerin bekennt.

Es wäre auch falsch, die älteren Herren und Damen als „Muppets“ abzuqualifizieren, sie genießen deutliche Unterstützung sowohl bei Boulevard- als auch bei Qualitätsmedien. Und die Umfragen zeigen, dass auch die Menschen in Österreich das Vertrauen in die derzeit agierende Politikergeneration verloren haben. „Wenig oder kein Vertrauen“ in die Politiker haben 75 % der Befragten einer aktuellen Umfrage aus diesem Herbst und das ist eine Verdoppelung seit dem Jahr 2.000. Mit dem Vertrauen ist auch das Interesse gesunken, die Menschen interessieren sich immer weniger für die Form von Politik, die ihnen täglich serviert wird – die miserablen Quoten der ORF-Politikersommergespräche haben das eindrucksvoll bewiesen.

Kann also durchaus sein, dass das WEB2.0 in seinen vielfältigen Formen und Foren eine Mobilisierungskraft entfaltet, die zu einem politischen Faktor werden könnte. Zur Untätigkeit in Österreich passt ja die Ratlosigkeit auf der ganzen Welt, was die Finanzkrise betrifft. Viele Zukunftsforscher schätzen die Potenziale des World Wide Web zum Auslösen und Organisieren von Veränderungsprozessen immer höher ein und der „arabische Frühling“ mitsamt seinem „lybischen Herbst“ und vielleicht seinem „syrischen Winter“ sind ein starkes Beispiel, wie geschichtsmächtig eine unterdrückte Basis werden kann, eine perspektivenlose Jugend, eine geknebelte Mittelschicht.

Auch Österreich darf sich nicht darauf verlassen, dass die Demokratie so stabil ist, dass sie auch in einer tiefen Wirtschaftskrise das Land zusammenhält. In einem Jahr, in dem das Wort „Wutbürger“ durchaus zum Wort des Jahres werden könnte, wächst eben der Druck von unten offenbar. Ob eine neue Partei daraus entsteht, ist offen, die Politikverdrossenheit sucht sich jedenfalls Ventile und zu unserer Grundfrage, wer regiert, könnte die Antwort eines Tages auch lauten: Der mündige Bürger. Das wäre

noch keine Verschweigerung Österreichs, dem steht schon die EU-Mitgliedschaft entgegen, wo Alleingänge immer schwieriger werden. Aber mehr Referenden, ein bisschen mehr „Basisdemokratie“ könnte das politische Bild Österreichs nachhaltig verändern.

Gibt es einen Ausweg aus der Vertrauenskrise? Ich bin überzeugt: Ja. Mehr Mut, mehr Weitblick und schnellere Entscheidungen, mehr Ehrlichkeit dem Bürger gegenüber, dafür weniger Schielen auf populistisches Schlagzeilenmachen, besseres Recruiting des politischen Personals, aber auch weniger Glaube der Wähler an die billigen Versprechen vor den Wahlen.

Natürlich MUSS und DARF es nur die Politik sein, die ein Land regiert. Ein mit dem Mandat der Wählerschaft ausgestattetes Parlament. Aber die Politik des 21. Jahrhunderts läuft Gefahr, sich selbst zu entmachten. Unpopuläre Entscheidungen werden ausgelagert in direktdemokratische Befragungen, Streitthemen werden in Kommissionen oder Gremien verschoben. Nicht selten wird unter dem Deckmantel der vermeintlichen wissenschaftlichen Seriosität entschieden, was politisch zu brisant erscheint. Eine interessante Diskussion der FAZ und der Alfred Herrhausen-Gesellschaft kürzlich in Frankfurt ist bei der Frage „Wer regiert Deutschland“ zum Schluss gekommen: Deutschland ist nicht mehr ohne Europa zu denken. Doch dieses Europa sucht Balance und neuen Halt. Es bedarf künftig weniger Polit-Ingenieure, dafür mehr gärtnerische Pflege. Manche Dinge kann man nicht erzwingen“ – das gilt wohl auch für Österreich!

Wir sind längst weder selig noch eine Insel. Mehr als die Hälfte unseres Wohlstands verdienen die österreichischen Unternehmen in Europa, in den 16 Jahren seit dem Beitritt hat sich die Wirtschaftsleistung Jahr für Jahr erhöht und Österreich ist zum drittreichsten Land der Union aufgestiegen. Diese Erfolgsgeschichte hat natürlich auch einen Preis und der heißt „Souveränitätsverlust“. Sicher macht der Nationalrat unsere Gesetze und viele Bereiche von der Bildung bis zur Sozialpolitik sind nicht „vergemeinschaftet“. Aber letztlich wird weit mehr als die Hälfte aller Veränderungen,

die unser aller Leben betreffen, in Brüssel entschieden. Wir sitzen dort am Tisch, aber die wachsende Zahl von Mehrheitsentscheidungen zeigt uns, dass kein kleiner Teil der Macht über Österreich bei der Kommission, beim Rat und beim Europäischen Parlament liegt. Gerade die aktuelle Schuldenkrise lässt die Forderung laut werden, dass es noch mehr Supra-Nationalität in der EU geben muss: Eine Wirtschaftsregierung, verbindlichere Regeln gegen die Schuldenpolitik, gemeinsame Kontrollmechanismen für den Bankensektor und so weiter. Die Heimat Österreich in der größeren Heimat Europa – das ist wohl die Zukunft, aber erst, wenn der europäische Gedanke auch die Herzen der Menschen erreicht. Politiker, die in Brüssel brav mitstimmen und zu Hause auf Brüssel schimpfen, sind dafür nicht hilfreich. Aber nur ein starkes Europa ist ein Player in der globalisierten Welt. Denn die größte Macht ist letztlich die grenzenlose Macht der Weltwirtschaft, der Märkte und der Handelsströme. Das kann man mögen oder nicht, aber es ist eine Tatsache, die auch Österreich regiert.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!